STADT WELS
GEMEINDERAT

STADT WELS
Rechtsangelegenheiten

Stadtplatz 1, 4600 Wels
Bearbeiter: [anonymisiert]
Zimmer Nr. 241
Tel.: +43 7242 235 4041
E-Mail: grk@wels.gv.at
UID-Nr.: ATU23478804
wels.at

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 22. September 2025**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

38. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 14.58 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.03 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 37. Sitzung des Gemeinderates vom 30.06.2025 liegt zur Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt. Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister: Gerhard Kroiß
3. Vizebürgermeisterin: Christa Raggl-Mühlberger
Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Ralph Schäfer, BSc MSc

Gemeinderäte:

Thorsten Aspetzberger	Fabian Bauer	Gerhard Bruckner
Mag. Paul Hammerl, MA	Christiane Kroiß	
Mag. Silke Lackner	GR. KR. Herwig Karl Mayer, MBA	Carmen Pühringer, MSc
Ronald Schiefermayr	Ingo Spindler	Ing. Olivera Stojanovic, BSc
Anna Maria Wippl, BA BA LL.M.	Sandra Wohlschlager	

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister: Mag. Klaus Schinninger
Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Stefan Ganzert

Gemeinderäte:

Silvia Huber, MPA	Christian Kittenbaumer	Thomas Loibingdorfer
Gloria-Maria Umlauf	GR. Laurien Scheinecker, BA	KR. Karl Schönberge
Johann Reindl-Schwaighofer, MBA	GR. Mag. Hannah Stögermüller, MBA	

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Dr. Martin Oberndorfer
Gemeinderäte:

Birgit Ebetshuber	Ludwig Vogl	GR. Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat): Thomas Rammerstorfer
Gemeinderäte:

Mag. Ralf Drack	Miriam Faber	Alessandro Schatzmann
Markus Faber		

NEOS
Gemeinderat
RegRat Walter Zaunmüller

MFG

Gemeinderat
Jörg Wehofsich

Vom Magistrat:

[anonymisiert]

Schriftführer:

[anonymisiert]

Entschuldigt:

GR. DI Gunter Haydinger

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, weist darauf hin, dass die Sitzung aufgezeichnet und im Internet übertragen wird,

b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 12.09.2025 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,

c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Gemeinderates
Verf-015-W-1-2021

Bgm. Dr. Rabl: GR. Mag. Bernhard Humer hat mit Schreiben vom 23.07.2025 auf sein Mandat im Gemeinderat verzichtet. Nach den Bestimmungen der Oö. Kommunalwahlordnung wurde unter Berücksichtigung der Verzichtserklärungen der zunächst nächstgereihten Ersatzmitglieder Abgeordnete zum Nationalrat Petra Wimmer, Stadtrat Stefan Ganzert und Bundesministerin Eva-Maria Holzleitner Herr Thomas Loibingdorfer als listennächstes Ersatzmitglied der SPÖ-Gemeinderatsfraktion in den Gemeinderat nachberufen. Thomas Loibingdorfer hat die Berufung angenommen und ist daher als Mitglied des Gemeinderates anzugeloben. Das Gelöbnis ist mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten. Ich ersuche den Magistratsdirektor um Verlesung der Gelöbnisformel, bitte erheben Sie sich von Ihren Plätzen.

Der Magistratsdirektor liest vor:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, die Bestimmungen über die Geheimhaltungsverpflichtung einzuhalten und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

Herr Thomas Loibingdorfer: Ich gelobe.

Bgm. Dr. Rabl: Danke, bitte nehmen Sie Platz.

Nachwahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern
der Ausschüsse des Gemeinderates
Verf-015-W-22-2025

Aus Anlass des Mandatsverzichtes von GR. Mag. Bernhard Humer hat die SPÖ-Gemeinderatsfraktion Wahlvorschläge für die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse des Gemeinderates eingebracht. Ich darf auf die aufliegenden Wahlvorschläge verweisen. Die Zusammensetzung des Kontrollausschusses ergibt sich aus § 40b StW 1992, jene der sonstigen Ausschüsse aus der Ausschussverordnung 2021. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse sind von den Gemeinderatsmitgliedern der SPÖ-Gemeinderatsfraktion mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu wählen.

Wahlvorschlag für die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ausschüsse

Ausschuss	als Mitglied	als Ersatzmitglied
Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss	**Thomas Loibingdorfer**	
Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss	**Thomas Loibingdorfer**	
Mobilitätsausschuss		Thomas Loibingdorfer
Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss		Thomas Loibingdorfer

Obiger Wahlvorschlag wird in Fraktionswahl

einstimmig angenommen.

A n f r a g e der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion an
Bgm. Dr. Rabl betreffend
Ausgaben für die MoserMediengroup und
RTV Regionalfernsehen OÖ
Verf-015-W-24-2025

Nach § 10 GOGR stelle ich folgende Anfrage an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl:

Wieviel Geld hat die Stadt Wels (inklusive Stadtmarketing) im Jahr 2024 an folgende zwei Medien ausgegeben:

MMGA, MoserMediengroup (TV Regional, WelsReport etc.)
RTV Regionalfernsehen Oö

Bitte bei jedem Zahlungsauftrag den Zweck der Ausgabe, die Auflistung von Name und Art des Mediums anführen und für welche Organisationseinheit dies erfolgt ist.

Bgm. Dr. Rabl: Soweit die Anfrage die [anonymisiert] und das Stadtmarketing betrifft, werde ich diese nicht beantworten, da die [anonymisiert] eine eigene Rechtsperson ist und nicht die Stadt Wels.

Die diesbezüglichen Informationen können Sie übrigens in den entsprechenden öffentlichen Registern einsehen. Das habe ich Ihnen auch schon gesagt, das ist kein Problem, man braucht es nur eingeben und dann findet man das auch.

Aber bei der Stadt Wels darf ich natürlich - unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen - die Anfrage wie folgt beantworten:

A. Moser Mediengroup

Gesamtsumme von € 19.266,- / Zahl der Aufträge: 10 / Produktionskosten € 5.800,-.

1. TV-Berichte inklusive Interviews mit folgenden politischen Referenten / Beitrag Stadtarchiv / Präsentation Bildband und Film: Bgm. Dr. Rabl und StR. Dr. Martin Oberdorfer.

2. Beitrag zum Gesundheitswesen und Kinderbetreuung: Vzbgm. Mag. Schinninger

3. Beitrag über Blaulichtgipfel: Vzbgm. Kroiß

4. Beitrag Tiergarten – Sommertermine: StR. Rammerstorfer

5. Beitrag Integration: Bgm. Dr. Rabl

6. Beitrag Soziales - Schwerpunkt Spielsuchberatung / Seniorenberatung: Vzbgm. Raggl-Mühlberger

7. Beitrag Wirtschaft: Bgm. Dr. Rabl und StR. Dr. Oberndorfer

8. Thema Stadtentwicklung / Wohnbau: StR. Ralph Schäfer, BSc MSc

9. Thema Ordnungswache / Sicheres Wels: Vzbgm. Kroiß

10. Jahresrückblick und Vorschau: Bgm. Dr. Rabl

Auftraggebende Organisationseinheit war die Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit.

B. RTV Regionalfernsehen Oberösterreich

Gesamtsumme von € 0,- / Zahl der Aufträge: 0

Ich hoffe, dass diese Frage damit ausreichend beantwortet ist.

A n f r a g e der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an
Vzbgm. Kroiß betreffend
Migration, Integration und Sicherheit
Verf-015-W-25-2025

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels stelle ich folgende Anfrage an Sie:

Die Themen Migration, Integration und Sicherheit sind für die Entwicklung unserer Stadt von zentraler Bedeutung. Um eine fundierte Diskussion zu ermöglichen und die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen, ist es essenziell, dass wir uns auf belastbare Fakten und eine transparente Datengrundlage stützen können. In diesem Sinne möchten wir Ihnen die folgenden Fragen stellen:

1. Datengrundlage und Transparenz
• Auf welche konkreten statistischen Daten stützt die Stadt Wels ihre sicherheitspolitischen Einschätzungen und Entscheidungen im Kontext von Migration und Integration?
• Falls keine belastbaren Zahlen vorliegen: Auf welcher Grundlage basieren dann die aktuellen Maßnahmen und Einschätzungen?

2. Wirksamkeit der Maßnahmen
• Welche Programme zur Integration von Migrant*innen und Geflüchteten werden aktuell von der Stadt Wels umgesetzt?
• Welche messbaren Ziele verfolgen diese Programme, und wie wird deren Erfolg überprüft? • Gibt es Evaluierungen, die die Wirksamkeit Ihrer Maßnahmen belegen?

3. Reichweite der Programme
• Wie groß ist die tatsächliche Reichweite dieser Programme im Verhältnis zur Zielgruppe?
• Wie stellen Sie sicher, dass besonders jene Menschen erreicht werden, die eine spezielle Unterstützung im Bereich Sprache, Bildung und Arbeitsmarkt benötigen?

4. Vertrauensbildung durch Fakten
• Wir sind der Überzeugung, dass eine offene und transparente Kommunikation über die Zahlen und Fakten Vertrauen bei der Bevölkerung schafft. Wie wollen Sie Vertrauen in Ihre Arbeit schaffen, wenn die Datengrundlage und die Wirksamkeit der Maßnahmen nicht klar belegbar sind?

Wir freuen uns auf Ihre präzise und faktenbasierte Antwort.

Bgm. Dr. Rabl: GR Gloria-Maria Umlauf hat am 17.09.2025 eine Anfrage an Vzbgm. Gerhard Kroiß betreffend Migration, Integration und Sicherheit eingebracht. Die Frist für die Einbringung von Anfragen endet nach § 10 Abs 2 GOGR 5 Tage vor der Sitzung des Gemeinderates und in diese sind Tage nicht einzurechnen, an denen der Magistrat keinen Dienstbetrieb hat. Letzter Tag der Frist für heutige Sitzung des Gemeinderates war daher der 15.09.2025 und die Anfrage ist für die heutige Sitzung verspätet. Die Anfrage ist aber für die Sitzung des Gemeinderates am 20.10.2025 rechtzeitig eingebracht und wird dann entsprechend behandelt werden.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Zum Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend verpflichtenden Kindergartenbesuch für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen ab dem dritten Lebensjahr (Verf-015-I-15-2025) hat

1. die Parlamentsdirektion mit E-Mail vom 14.07.2025 mitgeteilt, dass der Initiativantrag an die parlamentarischen Klubs weitergeleitet wurde, und

2. das Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 24.07.2025, dass dieser dem Ministerrat in seiner Sitzung am 23.07.2025 zur Kenntnis gebracht und daraufhin an die zuständige Stelle im Bundeskanzleramt zur weiteren Veranlassung übermittelt wurde.

Absetzung eines Tagesordnungspunktes

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte einen Antrag auf Absetzung von TOP 15 stellen, weil der diesbezügliche Raumordnungsvertrag nicht unterfertigt wurde, obwohl das vorher anders geplant war, da es sich zeitlich nicht ausging. Bevor dieser Raumordnungsvertrag nicht unterfertigt wird, wird es im Gemeinderat auch nicht behandelt. Daher muss es wahrscheinlich auf die nächste Gemeinderatssitzung im Oktober verschoben werden.

Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Punktes 15. von der Tagesordnung.

Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Absetzung des Punktes 15. von der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in Gold
BdB-325-01-2-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

[Anonymisiert] wird in Würdigung ihrer besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt Wels in Gold
BdB-325-01-3-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

[Anonymisiert] wird in Würdigung seiner besonders hervorragenden Leistungen und Verdienste um die Stadt Wels die Verdienstmedaille der Stadt Wels in GOLD verliehen.

Einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der Zuständigkeiten des Gemeinderates nach dem Informationsfreiheitsgesetz auf den Bürgermeister übertragen werden
(IFG-Übertragungsverordnung Gemeinderat)
Verf-015-W-14-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

Der Gemeinderat möge die Verordnung (Beilage ./1), mit der Zuständigkeiten des Gemeinderates nach dem Informationsfreiheitsgesetz auf den Bürgermeister übertragen werden (IFG-Übertragungsverordnung Gemeinderat) beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Subventionsvereinbarung nach den Richtlinien zur Förderung der Ansiedelung von Ärzten sowie eines Primärversorgungszentrums
FD-Fin-436-01-2-2024

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

Die Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wels und [anonymisiert] betreffend Gewährung einer Subvention iHv. max. EUR 150.000,00 im Hinblick auf die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bürger der Stadt Wels wird beschlossen.

Vzbgm. Mag. Schinninger: Wie der Herr Bürgermeister schon richtig ausgeführt hat, haben wir hier im Jahr 2023 eine große Förderung für Ärzte und die Primärversorgungszentren beschlossen. Konkret eben diese bis zu 40.000 € für jeden praktischen Arzt, der sich in Wels niederlässt. Diese Förderung wurde bisher einmal ausbezahlt, allerdings auch nicht in voller Höhe. Jetzt haben wir die glückliche Situation, dass wir mit Januar 2025 das erste Primärversorgungszentrum [anonymisiert] im Betrieb haben und die Ärzte aus dem Primärversorgungszentrum [anonymisiert] eben diese 150.000 € - zahlbar in drei Raten zu 50.000 € - erhalten.

Mit der Inbetriebnahme des Primärversorgungszentrums [anonymisiert] wurde die erste große Lücke in der Gesundheitsversorgung der Stadt Wels geschlossen. [anonymisiert] kann bis zu 7.000 Patienten betreuen und tatsächlich haben wir, seit das Primärversorgungszentrum [anonymisiert] in Betrieb ist, zumindest in meinem Büro und im Bürgermeisterbüro, keinen einzigen Anruf mehr von besorgten Bürgern erhalten, die keinen Hausarzt mehr haben. Im Gegenteil, wir haben viele Anrufe von Bürgern erhalten, die froh sind, dass sie jetzt einen Hausarzt haben.

Am 13. Oktober 2025, also in wenigen Wochen, wird das zweite Primärversorgungszentrum [anonymisiert] eröffnet und das nimmt noch einmal Druck aus der Gesamtsituation.

Wir werden auch im nächsten Jahr - konkret ist die Überlegung bis zur Jahresmitte 2026 - hoffentlich das Thema Dermatologie (Haut und Geschlechtskrankheiten) hier in Wels lösen, indem die österreichische Gesundheitskasse ein Ambulatorium für Dermatologie mit drei Kassenstellen plant.

Ich bin sehr dankbar und froh, dass diese Subvention jetzt beschlossen und demnächst auch überwiesen wird. Ich bedanke mich bei allen engagierten Jungen, denn es sind wirklich ausschließlich junge Ärzte, die auch dieses unternehmerische Risiko tragen und gesagt haben: "Ja, wir möchten aktiv werden." Danke an dieser Stelle! Danke auch an die gesamte Finanzdirektion, den Herrn Finanzdirektor, der sehr geduldig war / ist, weil ich ihn immer wieder mit Anfragen „gelöchert“ habe. Danke auch an dieses Gremium, dass wir diese Subvention heute hier beschließen.

GR. Wippl, LLM BA BA: Auch ich möchte kurz hervorheben, wie erfreulich es ist, dass sich Ärzte in Wels ansiedeln, dass Primärversorgungszentren geschaffen werden und dass solche Projekte auch aktiv unterstützt werden. Diese Maßnahmen sind von großer Bedeutung und sichern die Gesundheitsversorgung für alle Bürger in unserer Stadt. Besonders möchte ich auch dem Finanzreferenten danken, der diese Projekte ermöglicht und stets unterstützt. Die Förderung der Gesundheitsinfrastruktur ist ein klares Signal dafür, dass wir unsere Bürger hören und Anliegen wahrnehmen. Vielen Dank.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

5.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

Die in der Anlage 1 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

6.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/014

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

7.)

StS – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels;
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2025/015

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditübertragungen und die in der Anlage 3 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

8.)

GR – Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2025/016

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanz-, Präsidial- und Innenstadtausschuss am 09.09.2025:

Die beantragte Kreditübertragung (Anlage 1) und die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 2 und 3) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Vizebürgermeister Gerhard Kroiß

9.)

Basketballverein;
Abschluss einer Subventionsvereinbarung
BK-Sport-143-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.09.2025:

Die Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem [anonymisiert] betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von insgesamt € 270.000,00 wird beschlossen.

GR. KR. Schönberger: Es ist sehr löblich, dass wir für die Bundesligavereine hier eine Subventionsvereinbarung abschließen. Es ist etwas verwunderlich, dass wir die Marke Basketball in Wels, Fußball in Wels, Tischtennis in Wels nennen. Ich muss ganz ehrlich sagen, Fußball in Wels ist nicht nur die [anonymisiert], denn sehr viel Arbeit wird auch in den anderen Vereinen betrieben und ich glaube, dass die anderen Vereine eine gewisse Planungssicherheit haben sollten, um ihre Kinder und ihre Sportarten in den verschiedensten Ligen ausführen zu können. Wenn man eine Marke in Wels etabliert, (Basketball oder Fußball in Wels), dann wäre es dringend notwendig, dass man alle Vereine einbezieht, auch mit dementsprechenden Subventionsvereinbarungen. Für diese sind auch dementsprechende Parameter anzulegen, nach welchen Kriterien, welche Summen als Förderung letzten Endes vergeben werden. Sind es die Kinder, die dort spielen? Ist es der Frauenanteil, der in den verschiedenen Sportvereinen herrscht? Oder ist es unter anderem - so wie jetzt - die Liga, in der gespielt wird?

Wenn man eine Marke kreiert - Basketball in Wels / Fußball in Wels - dann muss das alle Vereine betreffen, die diesen Sport auch letzten Endes ausüben und nicht nur den Spitzensport. Wie Sie wissen, finden wir im Spitzensport bei den Mannschaften am Spielfeld die wenigsten Welser.

GR. Mag. Drack: Ich werde mich bei allen drei Förderungen der Stimme enthalten, so wie auch schon bei der Kreditoperation zuvor. Dies aus folgendem Grund: Es ist einerseits sehr löblich, dass die Stadt den Sport unterstützt, aber ich möchte im Anschluss an Kollegen GR. KR. Schönberger auch darauf hinweisen, dass es um eine sehr große Summe geht und um eine komplexe Angelegenheit. Wenn die Stadt bis zu einer Million pro Jahr für den Sport ausgibt (und in dieser Höhe bewegen wir uns derzeit, denn auch heute beschließen wir annähernd eine Million Euro), dann sind das riesengroße Summen, wo es nicht nur um den Leistungssport gehen darf in einer Stadt wie Wels, sondern vor allem auch um den Breitensport und auch um das Thema Jugendarbeit und Nachwuchsarbeit.

Hier fehlt mir in der Stadt ein Förderkonzept, um strategisch wirklich Fairness Einzug halten zu lassen, was die Fördermittel betrifft und um Transparenz für die Bürger herzustellen sowie eine Ungleichbehandlung zu vermeiden und vor allem um die Bereiche Jugend, Integration, Gesundheit und Sport sowie auch Nachwuchs-Sport aufeinander abstimmen zu können.

Da schon der Landesrechnungshof diese großen Summen vor Jahren kritisierte, plädiere ich dafür, schleunigst ein Sportförderkonzept zu entwickeln und deshalb werde ich mich heute der Stimme enthalten.

GR. Mag. Lackner: Wie der Referent eben schon gesagt hat, geht es vor allem um eine Planungssicherheit. Sportentwicklung braucht einfach Planung und das ist nicht nur von Saison zu Saison, sondern man braucht Weitblick. Jeder von uns, der selbst einmal in einem Verein tätig war, weiß einfach, da geht es um sehr viel. Es geht um Kaderplanung, um Trainerstau, um Infrastruktur - um hier nur ganz wenige Beispiele zu nennen.

Da geht es einfach um eine Sicherheit, die man den Vereinen geben muss. Wenn sie diese nicht haben, ist der Erfolg auch ein bisschen dem Zufall überlassen und deswegen brauchen Vereine ein solides Fundament, damit sie arbeiten können. Es ist natürlich auch eine Werbeaktion, das heißt, es ist eine All-in Subvention, wo die Werbeleistungen

natürlich auch miterfasst werden. Genau in dem Bereich ist es auch ganz wichtig, dass die öffentliche Wahrnehmung mitgemacht wird und dass man ein professionelles Auftreten sowie eine Fanbindung hat.

Es ist natürlich auch ganz klar, dass man dafür Mittel braucht, damit man das Ganze aufbauen kann und da muss man ein klares Zeichen setzen und die Leistung nicht nur auf dem Spielfeld, sondern in allen Bereichen und darüber hinaus sichtbar machen.

Warum gerade jetzt diese drei Vereine? Diese drei Vereine sind aktiv gekommen und haben gesagt, dass sie diese Planungssicherheit benötigen und wir sehen einfach das Potenzial in diesen Vereinen. Wir wissen, wie wichtig dieser Sport ist und wie wichtig es ist, dass Sportvereine professionell geführt werden, damit auch die Multiplikatoren, die wirtschaftlich und gesellschaftlich von ihnen geleistet werden, erfüllt werden können und deswegen werden wir diesen Subventionen zustimmen.

GR. Weidinger: Ich fasse in meiner Wortmeldung auch die Punkte 9, 10 und 11 zusammen. Ja, wir beschließen heute eine ziemlich große Summe (870.000,- €) aber das ist natürlich auf fast vier Jahre gesehen. Heruntergebrochen auf das Jahr sind das 220.000,- €. Trotzdem eine stolze Summe.

Ja, Sport verbindet und wenn man sich das ansieht, wie wir in Wels mit den Sportvereinen aufgestellt sind, sind wir fast wieder eine Sporthauptstadt geworden. Ich glaube, es gibt keine einzige Sportart, die man in Wels nicht ausüben kann. Ist man mit dem Fahrrad entlang der Traun unterwegs, fängt es im Osten an, zieht sich bis zur Kletterhalle mit den Tennisanlagen bis zum Eislaufplatz usw. Wir können sehr stolz darauf sein, wie wir Sport sehen und leben. Ich glaube auch, dass es für die drei Vereine wichtig ist, die genannte Planungssicherheit zu besitzen. Es ist schwieriger, vorausschauend zu planen, wenn man in den Ligen nach oben kommt. Da ist es ganz gut, wenn wir diesen Vereinen Planungssicherheit bieten.

Wir haben irrsinnig viele Sportvereine. Wir haben aber auch einen Sportverein, dessen Sport einen irrsinnigen Hype erlebt, das ist Football. Ich bin selbst begeisterter Footballfan und wir haben in Wels die beste Mannschaft in Oberösterreich, die jetzt auch in die zweithöchste Liga eingestiegen ist - unsere [anonymisiert]. Was dort im Verein stattfindet, ist irrsinnig wichtige und tolle Arbeit! Neben Cheerleading wird auch Flag Football probiert. Was da mit den jungen Menschen passiert, das passiert natürlich in den ganzen anderen Vereinen auch - nämlich sehr gute Integrationsarbeit! Wir bieten auch den jungen Menschen die Möglichkeit, sich in Vereinen zu engagieren, sich sportlich zu betätigen und das ist gesundheitsmäßig gesehen ganz wichtig. Ich würde mir vom Referenten wünschen, dass er so bald wie möglich Kontakt mit den [anonymisiert] aufnimmt, denn auch dort sind wir in die zweithöchste Liga aufgestiegen. Das freut mich ganz besonders und ich würde mir auch dort eine Art Planungssicherheit wünschen und eine entsprechende Subvention.

GR. Vogl: Die Vorredner haben es schon gesagt, Planungssicherheit ist wichtig. Planungssicherheit ist für jeden Sportverein wichtig, besonders natürlich auch in den Sportvereinen, die in den Bundesligen aktiv sind. Jetzt ist im Fußball die [anonymisiert] in die zweite Liga aufgestiegen, Basketball ist seit vielen Jahren in der obersten Liga und mit Tischtennis haben wir momentan sogar zwei Staatsmeister, nämlich in der Bundesliga und in der zweiten Liga, außerdem sind sie noch europäisch unterwegs.

Kollegin GR. Mag. Lackner sagte etwas, auf das ich nochmal explizit eingehen möchte. Planungssicherheit - nämlich nicht nur für unsere Bundesligavereine, sondern Planungssicherheit auch für alle anderen Vereine und sie hat ein Wort angesprochen, was in dem Zusammenhang besonders für diejenigen wichtig ist, die keine eigene Sportstätte haben, das ist die Infrastruktur.

Wir haben ja hier schon einmal das Sportstättensanierungskonzept diskutiert, das war diese Excelliste - alle können sich erinnern. Es geht aber auch darum, dass wir für unsere Welser Vereine auf unseren städtischen eigenen Sportanlagen die bestmögliche Umgebung schaffen, eben diese Nachwuchsarbeit zu leisten. Es geht nicht nur um die Spitzenvereine, sondern es geht auch um die vielen, vielen anderen Vereine - seien es große oder kleine Vereine. Wenn ich jetzt z.B. an die Fechter denke, wie viel Herzblut und wie viele Stunden ehrenamtliche Arbeit da drinnen stecken und das ist kein großer Verein, es ist ein Nischensport, das muss man sehen. Aber auch denen muss man unter anderem die Möglichkeit geben, die bestmögliche Infrastruktur zur Verfügung zu stellen.

Ich hoffe wirklich, dass wir bei diesem Sportstättensanierungskonzept einmal über die eigenen städtischen Anlagen reden und auch mit den Vereinen, die diese benutzen, in Kontakt stehen sowie hier gemeinsam in den Austausch gehen, um so einen politischen Willen formen zu können, wohin es denn mit dem Sport in der Stadt Wels geht. Machen wir ein Gießkannen Konzept? Ein bisschen da, ein bisschen hier. Überschütten wir das eine oder andere Wehwehchen einmal ein bisschen mit Geld? Oder haben wir wirklich einmal eine Strategie, wo wir sagen, das sind die wichtigen Parameter und nach den wollen wir Breitensport, Spitzensport und auch die Nischen, von denen es in dieser Stadt Gott sei Dank wirklich sehr viele gibt, bestmöglich unterstützen.

StR. Rammerstorfer: Letzte Woche gab es eine Meldung in den Medien, dass es erstmals weltweit mehr adipöse Kinder gibt als unterernährte Kinder. Also ein wirkliches Alarmsignal, dass Kinder extrem unter Bewegungsmangel leiden. Teilweise natürlich auch unter falscher Ernährung, aber der Bewegungsmangel oder die falsche Bewegung ist natürlich ein Riesenproblem. Und hier möchte ich noch eine Sache wirklich betonen, nämlich die gesundheitspolitischen Aspekte des Sportes, die neben den sozial- und integrationspolitischen Aspekten für uns als GRÜNE auch ganz wesentlich sind. Hier leisten die Welser Vereine wirklich Großartiges und da muss man auch einmal Danke sagen. Wir haben wirklich sehr viele Vereine in den unterschiedlichsten Sportarten, jeder leistet in seinem Bereich sein Bestes. In den letzten Jahren ist es durchaus auch zu beobachten, dass es eine Professionalisierung gibt, etwa beim Rekrutieren von Sponsoren. Es entstehen VIP-Bereiche. Man hat diesen Eventcharakter und versucht, dass man auch andere Geldquellen außer die Stadt Wels anzapft, was ich durchaus löblich finde. Alles, was die anderen bezahlen, muss die Stadt Wels nicht bezahlen.

Bei manchen ist es schon durchgeklungen, die Trennung zwischen Spitzensport und Breitensport sehe ich so nicht. Oft ist es so, wenn es Vorbilder und Erfolge im Spitzensport gibt, dann kommt die breite Masse und begeistert sich für diesen Sport. Das haben wir in den letzten Jahrzehnten bei einigen Sportarten erlebt. Oft geht es natürlich dann auch wieder bergab, wenn diese großen Vorbilder oder internationalen Erfolge weg sind, sodass manche Sportarten wieder Mitglieder oder Aktive verlieren. Ich möchte GR. Vogl aus ganzem Herzen zustimmen, dass wir uns die Infrastruktur gerade auch in den Schulen und in den kommunalen Sportanlagen sehr genau anschauen müssen und dass

es hier noch viel zu tun gibt. Also, da ist sicher einiges noch zu leisten. Das wurde auch letztes Jahr vom Kollegen Vzbgm. Mag. Schinninger angesprochen, als wir die Subvention für die Renovierungen der eigenen Sporthallen der Vereine beschlossen haben.

Aber ansonsten werden wir als GRÜNE dem auf jeden Fall zustimmen. Es ist natürlich auch sinnvoll, hier noch alles in einen größeren konzeptuellen Rahmen zu bringen. Aber wir können jetzt nicht den Vereinen sagen, die nächsten zwei Jahre gibt es kein Geld bis wir uns auf ein Konzept geeinigt haben. So geht es natürlich nicht. Dementsprechend werden wir zustimmen und wünschen allen Vereinen und auch denen, die noch kommen und eine ähnliche Subventionierung längerfristig beantragen (und es werden noch welche kommen), viel Erfolg, ein gutes Wirtschaften und vor allem, dass sie das Beste für die Jugend und für den Sport herausholen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich hätte noch gern ein paar Worte zur Wortmeldung von Stadtrat Rammerstorfer gesagt zur Frage der Jugendarbeit. Ich persönlich bin der Meinung, dass die beste Aufgabe der Stadt im Hinblick auf Sportförderung die Förderung des Breitensports ist. Es geht darum, dass wir für die Kinder in der Stadt Wels Angebote schaffen, wo sie sich sportlich betätigen können.

Wichtig ist für mich der Aspekt, dass die Sportvereine natürlich ein ganz wesentlicher Integrationspunkt sind. Da treffen einfach die unterschiedlichsten Menschen zusammen, trainieren miteinander, spielen miteinander und Kinder haben ein Gruppenerlebnis.

Wir müssen schon auch dafür Sorge tragen, dass unsere Vereine, die von uns Geld bekommen, ihre Aufgabe im Breitensport und der Sportausübung für Kinder auch erfüllen – egal, ob das jetzt Bundesligavereine oder andere sind. Es ist so, dass es in der Stadt Wels anscheinend Sportvereine gibt, die Kinder relativ schnell aussieben und nach Hause schicken. Meiner Ansicht nach darf das von Vereinen, die Geld von der Stadt bekommen, nicht sein. Die Kinder müssen das Erlebnis des Sportes haben, sie müssen die Chance bekommen und es kann bei den Kindersportarten nicht dazu kommen, dass ein so hochwertiges Leistungsprinzip herrscht und man von 20 Kindern, die den ersten Trainingstag da sind, fünf oder sechs nach Hause schickt.

Ich höre nur, dass die Sportvereine in den umliegenden Gemeinden davon profitieren, weil Eltern und Kinder in Vereine rund um Wels wechseln und dann dort spielen. Das möchte ich gerne dem Referenten mitgeben. Wir müssen uns das anschauen. Ich habe Nachrichten von verschiedenen Eltern bekommen und wenn das stimmt, dann muss man sich das anschauen und abstellen. Da wird sozusagen mit Kindern ein relatives Spiel gespielt, wenn sie nicht sofort super sind oder gut laufen bzw. etwas dicklicher sind, dann werden sie gleich ausgelistet. Ich möchte jetzt nicht sagen, welcher Verein das ist, das können wir dann untereinander besprechen. Es gehört dazu, dass wir als Stadt Wels Sport fördern, aber es gehört meiner Ansicht nach auch genauso dazu, dass wir uns das ansehen, was da passiert und welche Vereine das sind bzw. ob die Jugendarbeit so ist, wie wir es uns vorstellen.

GR. Kroiß: Ich möchte noch kurz auf GR. Vogl replizieren bezüglich Sportstättensanierungskonzept. Ich glaube, der Zuständige für Schule und Sport ist wirklich der letzte Mensch, der sich nicht richtig in das Thema Jugend, Nachwuchs, Sport und Vereine vertieft. Ein Verein braucht Räumlichkeiten, eine Sportstätte und

Möglichkeiten, um dort mit seinen Kindern Sport zu betreiben. Er ist sicher der letzte Mensch, der sich nicht wirklich Gedanken darüber macht und sich mit dem Verein oder anderen Vereinen zusammensetzt, die vielleicht auch diese Sportstätte nützen, um einen gemeinsamen Lösungsansatz zu finden. Das wird nicht heißen, am Freitag kommen sie und am Montag haben sie eine Sportstätte. Leider nicht, aber sie haben eine gewisse Anlaufstelle. Sie können sich dort melden, sie können es mit ihm besprechen. Er hat vielleicht einen anderen Zugang wie manche anderen Vereine, weil sie nicht alle Sportstätten der Stadt Wels kennen und die meisten Sportstätten gehören ja mittlerweile der Stadt Wels. Der Rahmen, einem Verein die Möglichkeit zu bieten, Sport anzubieten, ist ja da.

Was jetzt das Thema Spitzensport in diesen drei Vereinen betrifft, die jetzt eine Subvention erhalten - woher kommt denn der Spitzensport? Seien wir uns ehrlich, Spitzensport passiert nicht einfach von heute auf morgen. Das ist eine lange, aufbauende Arbeit vom Breitensport. Wenn ich einen Breitensport habe, der dann in Spitzensport fruchtet, dann muss man den wirklich unterstützen.

Vom Breitensport zurückrechnend sind es die Kinder, die diesen Breitensport betreiben. Man sieht seine Idole im Fernsehen oder bei großen Meisterschaften bekannt werden. Dann sehen viele Kinder durch den Sport und durch die Bewegung kann ich es schaffen. Und wenn das dann in einer Stadt bei drei so tollen Bundesligavereinen passiert, dann muss man das einfach mit einer planmäßigen Subvention unterstützen.

Vzbgm. Kroiß: Es ist jetzt diese Gretchenfrage hervorgekommen - Förderung Spitzensport / Förderung Breitensport. Ich bin der Meinung, man muss beides fördern. GR. Andreas Weidinger, gerade die [anonymisiert] sind schon so ein positives Beispiel. Keiner hat das gekannt, dann sind die [anonymisiert] gekommen und haben eine tolle Arbeit geleistet und dann ist plötzlich der Nachwuchs gekommen mit Flag Football und alles was dazu gehört. Die [anonymisiert] haben ja bereits eine Pflichtsubvention, weil wir uns verpflichten, die Pacht zu übernehmen, wo die [anonymisiert] beim [anonymisiert] trainieren. [anonymisiert] war ja schon vor längerer Zeit bei mir, wo es um das Thema der Subventionen für das nächste Jahr ging. Da haben wir schon darüber gesprochen, aber es war jetzt für ihn kein Thema, was das Thema einer Pflichtsubvention gewesen wäre. Das heißt, er weiß bereits, was er sozusagen an Subventionen bekommt und er hat auch eine Pflichtsubvention. Das ist so ein Paradebeispiel, wie wir hier subventionieren.

Wir haben in Wels über 100 Sportvereine und ich behaupte, dass ganz viele Sportvereine mit dem erhaltenen Geld wirklich zufrieden sind. Es wird oft behauptet, die Stadt Wels schüttet weniger Geld wie andere Städte aus. Das stimmt bitte nicht! Ich bin sicher, wir sind in Oberösterreich Spitzenreiter bei der Sportförderung. Das können wir uns nur deswegen erlauben, weil wir finanziell sehr gut aufgestellt sind. Das haben bereits alle gesagt, Sport ist natürlich gesund. Es geht nichts über sportliche, gesunde Kinder. Es wird hier die beste Jugendarbeit geleistet und es wird hier auch die beste Integrationsarbeit geleistet.

Auch das wurde bereits gesagt und ich möchte das verstärken - ich trachte natürlich danach, dass die kleinen Vereine (z.B. die genannten Fechter) ihre Zeiten bekommen, wo sie trainieren können und dass sie ihre Halle bekommen, wenn sie Meisterschaft feiern. Das wird bei vielen anderen Vereinen natürlich auch gemacht, sodass wir die vorhandenen Kapazitäten bestmöglich ausschöpfen.

Auch für jene Vereine, die es nicht schaffen, hier in Wels wirklich leistungsmäßig zu trainieren, gibt es Subvention, wenn sie nach Linz ins Leistungszentrum fahren. Auch hier ist die Stadt bemüht, dass wir das bestmöglich erledigen.

Johnny, du hast gesagt, dass die Kinder irgendwie „entsorgt werden“ bei den Vereinen. Ich möchte auch noch anmerken, dass wir ganz viele Gratisangebote haben in der Stadt Wels mit Motorik, mit einer Skaterhalle, mit einem Pumptrack. Wir bauen jetzt Wimpassing neu. Im Volksgartenpark gibt es ganz viele Sportbereiche. Und ich kann hier auch die Eltern animieren, dass sie mit ihren Kindern Sport betreiben. Ich ersuche daher jetzt um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 9. der Tagesordnung wird mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

10.)

Fußballverein;
Abschluss einer Subventionsvereinbarung
BK-Sport-144-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.09.2025:

Die Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem [anonymisiert] betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von insgesamt € 480.000,00 wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 10. der Tagesordnung wird mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

11.)

Tischtennisverein;

Abschluss einer Subventionsvereinbarung
BK-Sport-142-2025

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sicherheits-, Integrations- und Sportausschuss am 09.09.2025:

Die Subventionsvereinbarung (Beilage 1) zwischen der Stadt Wels und dem [anonymisiert] betreffend die Gewährung einer Subvention in Höhe von insgesamt € 100.000,00 wird beschlossen.

Der Antrag zu Punkt 11. der Tagesordnung wird mit

34 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Stimmenthaltung (GR. Mag. Drack)

angenommen.

12.)

Initiativantrag der FPÖ-, SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und GR. Jörg Wehofsich betreffend Personalstand der Polizei in Wels;
Resolution
Verf-015-I-20-2025

Vzbgm. Kroiß: Dieser Tagesordnungspunkt ist ein gemeinsamer Initiativantrag mit der Forderung nach mehr Polizei in Wels. Dazu darf ich den [anonymisiert] und die [anonymisiert] sehr herzlich hier im Gemeinderat begrüßen. Zu Beginn möchte ich allen Welser Polizisten meinen persönlichen Dank aussprechen für ihre großartige Arbeit. Sie alle sorgen tagtäglich für die Sicherheit unserer Stadt. Wir wissen, auf die Polizei Wels ist Verlass!

Nun aber zur eigentlichen Forderung nach mehr Polizei für die Stadt Wels. Jenen Kollegen, die schon etwas länger im Gemeinderat sind, kommt dieses Thema bekannt vor. Ja, diese Forderung nach mehr Polizei bei der Stadt Wels ist ein politisches Dauerthema. Wie war der Personalstand bei der Polizei vor der Polizeireform 2005? Diese Polizeireform wurde vor 20 Jahren verabschiedet und damals hatte die Stadt Wels knapp 59.000 Einwohner mit 213 systemisierten Planstellen. Wie viele tatsächlich besetzt waren, habe ich nicht mehr herausgefunden. Aber von den Systemplanstellen sorgte damals 1 Polizist für 276 Einwohner.

Heute hat Wels fast 66.000 Einwohner – fast 7.000 mehr -, dafür aber um 51 Planstellen weniger. Heute sorgt 1 Polizist für 415 Einwohner und wir haben derzeit 158 Planstellen besetzt. Der Gemeinderat verabschiedete schon mehrfach Resolutionen, in denen wir mehr Polizei für die Stadt Wels verlangten. Der Grund ist einfach und wiederholend, der Wunsch der Welser Bevölkerung nach mehr Polizeipräsenz auf unseren Straßen. Das möchten wir auch heute wieder hier im Gemeinderat bekräftigen. Diese Resolutionen wurden über alle Fraktionsgrenzen hinweg einstimmig beschlossen.

Heute möchten wir die Resolution an den Innenminister und den Landespolizeidirektor mit der klaren Forderung zur Erhöhung des Personalstandes der Polizei Wels einbringen. Wir bekräftigen gerade jetzt wieder unsere Forderung, weil eine parlamentarische Anfrage unseres Nationalratsabgeordneten GR. Mag. Paul Hammerl, MA im Sommer 2025 zeigte, dass Wels im Vergleich zu Städten wie Villach und St. Pölten sowie im oberösterreichischen Vergleich mit den Städten Linz und Steyr schlechter gestellt ist. Bei der Gegenüberstellung der Einwohnerzahl mit den tatsächlichen besetzten Planstellen ergibt sich ein ganz klares Bild: Wels: 1 Polizist für 415 Einwohner, Villach: 1 Polizist für 327 Einwohner, Linz: 1 Polizist für 355 Einwohner und in Steyr: 1 Polizist für 331 Einwohner. Dieses Ungleichgewicht ist nicht zu rechtfertigen. Vor allem im Hinblick, dass Wels weiterwachsen wird und wir irgendwann die 70.000-Grenze erreichen. Und auch die Veranstaltungen sind in Wels eher im Steigen wie im Abnehmen.

Generell kann dieser Dienstbetrieb nur mehr mit Überstunden aufrechterhalten werden. Dieser Personalmangel führt dazu, dass die Wünsche der Bevölkerung nach sichtbarer Präsenz in den Stadtteilen und häufigen Verkehrskontrollen weniger erfüllt werden können. Laut Statistik des Innenministeriums aus dem Jahr 2023 leistete Wels knapp 5.000 Stunden Fußstreifendienste und Villach fast drei Mal so viel mit 15.000 Stunden. Auch bei den Suchtgiftkontrollen ist Wels mit 1.500 Stunden hinter Villach mit über 11.000 geleisteten Stunden. Bei den Geschwindigkeitskontrollen leistet Wels 4.800 Stunden und Villach 7.200 Stunden.

Daher sind wir der Meinung, aufgrund all dieser Tatsachen ist es dringend notwendig, wieder einmal beim Herrn Innenminister und beim Herrn [anonymisiert] aufzuzeigen, dass wir einfach mehr Personal benötigen. Deshalb fordern wir bei dieser Resolution eine substanzielle Erhöhung dieses Personals. Nur mit mehr Polizeibeamten können wir diese Sicherheit nachhaltig gewährleisten und nur so kann die Präsenz im öffentlichen Raum noch sichtbarer gemacht werden. Ganz wichtig dabei ist, den direkten Kontakt zwischen der Polizei und der Bevölkerung zu stärken, denn genau damit wird das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung gesteigert. Ich ersuche Sie daher um Diskussion und um Zustimmung zu unserem Antrag.

<u>StR. Dr. Oberndorfer:</u> Wir sind alle der Meinung, als wir als Stadt Wels bzw. als Stadtpolizeikommando mehr Ressourcen und mehr Personal zur Verfügung gestellt bekommen soll, damit sie ihre und auch andere Aufgaben besser erledigen können. Ich bin noch nicht so lange im Gemeinderat, aber schon sehr lange politisch aktiv und kann mich erinnern, dass es schon vor 20 Jahren solche Resolutionen gegeben hat. Es waren immer Allparteienanträge oder fast Allparteienanträge. Sie gingen an unterschiedliche Innenminister wie an Innenminister Schlögl von der SPÖ, an unseren Volkskanzler Kickl und jetzt an Innenminister Karner.

Es ist relativ egal, wer in Wien ist und wer in Wels das Sagen hat. Es ist immer dieselbe Forderung, die immer wieder erneuert wird. Natürlich soll man deswegen nicht dagegen sein, sondern wir werden diese Forderung weiterhin erneuern und jedes Mal wieder nach Wien schicken. Das ist gut und richtig! Nur man muss sich bewusst sein, dass das in Wels unmittelbar nichts verändern wird. Da können wir so viele Anfragen stellen und so viele Resolutionen machen, wie wir wollen.

Offenbar war der politische Druck der Stadt Wels auf die politischen Kollegen in Wien eher überschaubar. Nichtsdestotrotz bleiben wir dran. Was können wir als Gemeinderat und Vertreter der Stadt Wels machen, um die Situation sowie das subjektive Sicherheitsgefühl konkret hier in Wels zu verbessern? Wir haben als Stadt Wels vor gut 10 Jahren eine eigene Institution - die Ordnungswache - ins Leben gerufen. Hier ist gerade viel im Umbruch. Darüber berichten die Zeitungen und es wird viel diskutiert. So ein Umbruch bietet die Chance, der Ordnungswache Aufgaben zuzuteilen, die sie bisher noch nicht ausreichend wahrgenommen hat und dadurch die Polizei bei gewissen Aufgaben entlastet.

Menschen festnehmen darf z. B. nur die Polizei. Das wird man ihr nicht wegnehmen können und kann nicht auf die Ordnungswache übertragen werden. Strafzettel ausstellen kann aber auch die Ordnungswache und muss nicht unbedingt die Polizei machen. Wenn das das Ordnungswache übernimmt, ist die Polizei entlastet und hat mehr Zeit für ihre Kernkompetenzen. Auch bei der Gewerbebehörde kann die Ordnungswache als Hilfsorgan der Gewerbebehörde tätig werden und das Rauchverbot überwachen. Zurzeit macht das dankenswerterweise die Polizei.

Bei unserem Sicherheitsgipfel wurden viele Ideen von der Polizei geäußert, wo die Ordnungswache unterstützen kann. Es liegt jetzt an uns, das tatsächlich umzusetzen, denn es wird zu einer unmittelbaren Verbesserung der Situation in Wels führen. Was könnte die Polizei beispielsweise machen? Wir haben heute auf der Tagesordnung noch einen Antrag betreffend Streetwork. Das eine schließt das andere nicht aus, aber auch die Polizei leistet sehr wertvolle Präventionsarbeit. Ich würde mir wünschen, die Polizei hätte mehr Ressourcen für diese Präventionsarbeit. Spielen wir die Polizei frei durch eine Stärkung der Ordnungswache, so könnten hier Ressourcen zu einer aktiver werdenden Präventionsarbeit frei werden. Dafür gibt es großartige Angebote, die die Polizei grundsätzlich anbietet, aber in Wels aufgrund der beschränkten Personalsituation nicht in diesem Ausmaß umgesetzt werden kann. Das würde ich mir wünschen.

Somit sind wir schon in einer spannenden politischen Situation, denn die neue Ordnungswache soll ja ab nächstem Jahr tätig werden und wir können unmittelbar ins Tun kommen und zu einer Verbesserung in Wels beitragen.

GR. Miriam Faber: Es mag auf den ersten Blick etwas befremdlich wirken, dass wir GRÜNE für mehr Polizei sind und diese Resolution unterstützen. Aber Polizeiarbeit ist mehr als Strafen verteilen und mit Blaulicht durch die Stadt fahren. Polizeiarbeit beinhaltet auch Prävention und Vernetzung. Genau das sind die Bereiche, die uns ganz besonders am Herzen liegen. Sind die Ressourcen knapp und es muss gespart werden, trifft es üblicherweise genau diese Bereiche zuerst, da die Polizei die Pflicht hat, ihre Kernaufgaben zu erfüllen. Gerade im Jugendbereich oder im Bereich der häuslichen Gewalt sind unterstützende Tätigkeiten oder sensibles Vorgehen entscheidend. Ein solches Vorgehen entsteht nicht zufällig, sondern durch Weiterbildung und Reflexion. Diese Faktoren haben wesentlichen Einfluss auf den positiven Verlauf.

Fehlen hier Ressourcen, so bedeutet das keinen Ausbau von Präventionsprogrammen, keine Mittel für Vernetzungsarbeit, ständig stadtfremde Polizeieinsatzkräfte und ein steigender Druck auf das vorhandene Personal. Polizisten arbeiten immer häufiger am Limit und brennen über kurz oder lang aus. Das ist dann nicht nur menschlich tragisch,

sondern auch brandgefährlich, denn Polizeiarbeit bedeutet ein hohes Maß an Verantwortung, Reflexion und Frustrationstoleranz – ein hochsensibler Bereich.

In aller Klarheit möchte ich noch sagen, dass wir GRÜNEN nichts von der Angstmache der FPÖ-Fraktion halten. Wir halten nichts davon über die Sommermonate hinweg bei der Bevölkerung Unsicherheit zu schüren durch Social-Media Beiträge und Law- and Order-Polemik. Ganz besonders dann nicht, wenn es die Kriminalitätszahlen in Wels nicht hergeben. So entsteht keine sichere Gesellschaft. Sicherheit entsteht in wesentlichen Teilen durch Prävention und durch Verantwortung füreinander.

GR. Mag. Drack: Ich werde der Resolution nicht zustimmen. Es ist für mich ein demokratiepolitisches Thema, ob eine Stadt, in der es kaum Kriminalität gibt, eine Stadt mit großem sozialem Potential, eine kleinräumige Stadt, eine Stadt, in der man sich gegenseitig kennt, ob in solch einer Stadt die bestehenden Konflikte, die es ja sehr wohl gibt, die aber weniger im Bereich der Kriminalität liegen als im Bereich der sozialen Konflikte, ob man hier den Welsern mit dem Ruf nach mehr Polizei wirklich etwas Gutes tut.

Ich denke nicht, dass das der richtige Weg ist. Die Polizei hat Kernaufgaben, die zu erfüllen sind. Wir können uns glücklich schätzen, wenn die Polizei diese Arbeit macht und sich um Kriminalität und Kriminalitätsprävention kümmert. Die Präventionsarbeit liegt nicht bei der Polizei, sondern in der Sozialarbeit und in Gemeinwesen stärkenden Angeboten.

Außerdem stimme ich nicht zu, weil der Gemeinderat dafür gar nicht zuständig ist. Wir sprechen hier über eine bundespolitische Agenda betreffend die Personalausstattung der Polizei und auch Kriminalitätsthemen sind überregional zu denken. Es gibt mafiöse Strukturen und Internetkriminalität, die nicht in Wels kleinräumig durch Straßenpolizisten gelöst werden können. Dafür gibt es überregionale Konzepte. Laut dem Statement der Polizei in den Medien, gibt es in Wels genügend Polizisten. Für die Bereiche mit wirklichem Handlungsbedarf brauchen wir nicht in Wels mehr Polizei, sondern in Wels brauchen wir einen anderen Ansatz, das heißt, soziale Sicherheit, um auch die subjektive Sicherheit zu erhöhen. Diese wurde jetzt mehrmals angesprochen, auch als Argument, mehr Polizei zu benötigen.

Aber genau diese subjektive Sicherheit entsteht nicht nachhaltig durch die Polizei, sondern dann, wenn sich die Menschen in der Stadt wohlfühlen, wenn man sich gegenseitig kennt und es eine Konfliktkultur gibt, sodass keine Polizei benötigt wird. Insofern ist eine lebenswerte Stadt eine, die gar keine Polizei benötigt. Dort sind wir leider noch nicht. Wir brauchen natürlich Polizei, aber den Ruf nach mehr Polizei kann ich nicht teilen.

GR. Bruckner: Zuerst möchte ich mich beim Freiheitlichen GR. Mag. Paul Hammerl, MA für die parlamentarische Anfrage bedanken. Durch diese Anfrage hat sich klar gezeigt, dass die Welser Polizei im Vergleich zu anderen Städten wesentlich schlechter aufgestellt ist. Das gilt nicht nur in Relation zur Einwohnerzahl, sondern auch in Bezug auf die Aktenbelastung pro Polizisten. Unser neuer jetzt hier anwesende [anonymisiert] hat bei seiner Angelobung bzw. in den folgenden Medienberichten mitgeteilt, dass ihm die Kriminalprävention, die verstärkten Fußstreifen und vor allem der persönliche Kontakt zu den Welsern sehr wichtig sind.

Da ich selbst vor 30 Jahren eine Fahrradstreife fuhr, würde ich mir diese wieder wünschen, denn aus meiner Sicht wäre das eine wertvolle Bereicherung. Die Fahrradpolizei ist ein Instrument der Polizeiarbeit, die in zahlreichen österreichischen Städten erfolgreich praktiziert wird. Sie ist nicht nur umweltfreundlich, sondern auch sehr flexibel. Damit diese Maßnahmen umgesetzt werden können, braucht es eine personale Aufstockung der Welser Polizei. Mehr Beamte würden die Aktenbelastung spürbar verringern und die Welser Polizisten hätten wieder mehr Zeit für kriminalpräventive Tätigkeiten und auch persönliche Gespräche.

Die Exekutive braucht unsere Unterstützung, aber sie braucht keine abgesendeten Postings von GR. Mag. Drack. Eines von Anfang September lautet: „Die Polizei ist teuer und wird überschätzt, wenn es um das Thema Sicherheit geht. Sie handelt oft erst, wenn es zu spät ist oder kommt gar nicht. Schickt Leute weg, die von ihrem Recht Gebrauch machen wollen und ist in brenzligen Situationen oft überfordert. Die Polizei missachtet mitunter die Gesetzeslage. Zumindest in Wels vielfach so erlebt. Die Ordnungswache gehört abgeschafft, weil das komplett sinnlos ist und ein clownesker Arm einer metternichschen Behörde z.B. bei den Kontrollbesuchen bei Sozialhilfeempfängern."

Herr GR. Mag. Drack, wir sprechen ja immer davon, dass die Jugendlichen immer weniger Respekt vor der Polizei und der Feuerwehr haben. Sie sind Streetworker und solche Postings sind sicher nicht förderlich. Die Welser Polizisten leisten Tag für Tag hervorragende, professionelle und engagierte Arbeit. Dafür gebührt der Polizei Respekt, Anerkennung und auch politische Unterstützung!

StR. Ganzert: Namens der SPÖ-Fraktion darf ich mich sehr herzlich bei unserem [anonymisiert] für den wertvollen Einsatz, den jeder Polizist und jede Polizistin wirklich 365 Tage im Jahr an den Tag legen, bedanken.

Auch ich habe schon einige Anträge zu diesem Thema geschrieben. Ich kann mich noch an den Dienstausbildungslehrgang erinnern, wo ein solcher Antrag als Lehrmaterial vorgetragen wurde. Wir müssen einfach weiter den Finger in die Wunde legen, denn „steter Tropfen höhlt den Stein". Ich gebe meinen Vorrednern recht, dass wir es uns nicht leicht machen und glauben können, eine Seite nach Wien zu schicken reiche und damit ist die Sache erledigt.

Die Sicherheit ist nicht nur die Polizei in der Stadt. Alles, was jetzt gesagt wurde, kann ich nicht teilen, aber es ist ein Bild, wo natürlich die Polizei sehr viel einzahlt, aber es widerspricht sich nicht mit einer Ordnungswache, mit Präventionsarbeit, sondern es muss gesamtheitlich gesehen werden. Aus den Erhebungszahlen sehen wir, dass wir aus unserer Sicht in der Stadt Wels einen zu niedrigen Personalspiegel haben. Ich glaube, mich aus dem Sicherheitsgipfel erinnern zu können, es gibt dafür gewisse Begründungen. Villach als Grenzstadt, St. Pölten Landeshauptstadt. Ich hoffe doch, es ist keine Willkür, sondern dass die Ministerien wissen, wie sich so etwas errechnet.

Im Vergleich und bei Gesprächen mit den Polizisten erhält man die Rückmeldung des hohen Arbeitsdruckes und mehr Kollegen wären eine Erleichterung und würden bessere Arbeitsbedingungen schaffen.

Am Ende des Tages beschäftigen wir uns heute auch noch mit dem Thema Streetwork. Das sind alles Dinge, die sich gegenseitig ergänzen. An und für sich macht die Polizei

gute Präventionsarbeit, wie bei den Dämmerungseinbrüchen, aber mir als Mobilitätsreferent ist es sehr wichtig, mehr Polizei auf die Straße zu bekommen. Es gibt oft Kritik, wenn im ruhenden Verkehr zum Teil Einsatzfahrzeuge nicht mehr passieren können. Ich finde die Idee von GR. Bruckner mit der Fahrradstreife sehr gut, da wir ein sehr hohes Beschwerdeaufkommen im Bereich der Scooter und E-Scooter, die nicht auf den dafür vorgesehen Fahrbahnen oder in Fußgängerzonen fahren etc.

Ich finde es schade, dass wir als Statutarstadt, wo die Sicherheitsbehörde I. Instanz nicht bei uns, sondern bei der Landespolizeidirektion liegt, immer noch nicht das Recht haben, selbst zu „radern“. Wir sind hier abhängig von der Polizei, die uns als Partner unterstützt. Daher, ja, mehr Polizei macht Sinn!

Sicherheit sind nicht nur Blaulichtorganisationen und ich möchte mich gleichermaßen beim Roten Kreuz und der Feuerwehr sehr herzlich bedanken, sondern es geht auch um die soziale Sicherheit, um den sozialen Frieden. Aber wir brauchen keine Angstmache, keine Spaltung und keine Hetze, sondern wir brauchen jemand, der die Menschen wieder zusammenführt. Es stimmt, wir sind nicht direkt dafür zuständig, aber lieber Kollege GR. Mag. Drack es steht uns schon noch zu, unsere Meinung zu äußern und nach Wien zu schicken und diese ist offensichtlich sehr einhellig.

Es sollte unsere tägliche Aufgabe sein, an der Sicherheit zu arbeiten. Wir machen das im Bereich der Mobilität, andere im Bereich der Beleuchtung und auch das ist eine Frage der subjektiven Sicherheit. Grundsätzlich ein schönes Zeichen, das alles gemeinsam zu machen und mit Ausnahme von einer Stimme ein gemeinsames Bild nach Wien zu schicken. Grundsätzlich finde ich es etwas schade, wie man mit diesem Antrag umgegangen ist. Es geht oft nicht darum, wer der Erfinder eines solchen Antrages ist, wir sind alle dabei und ziehen alle am selben Strang. Bei dem schon angesprochenen Sicherheitsgipfel hatte ich nicht das Gefühl, dass es furchtbare Zustände in der Stadt sind. Es ist eine Stadt mit einer Größe und mit den Herausforderungen, denen man auch begegnen muss. Aber in den Gesprächen zeigte sich, wir werden gemeinsam etwas machen.

Kollegin Fraktionsvorsitzende GR. Silvia Huber, MPA ging auf den Referenten zu, machte als SPÖ-Fraktion einen Entwurf und wir wollten das gemeinsam machen. Nein, rausgekommen ist ein gemeinsamer Initiativantrag. Überhaupt kein Thema und für uns selbstverständlich. Allerdings wollten wir dazu auch noch gemeinsam eine Presseaussendung machen, um es den Welsern zu präsentieren. Wir haben nicht ganz verstanden, warum die FPÖ-Fraktion dann schon vor zwei Wochen dazu eine eigene Pressekonferenz machte. Wir wollten das heute im Zuge dieser Gemeinderatssitzung machen.

Wir nehmen es zur Kenntnis, spricht aber nicht ganz so für das Bild, dass wir das alles gemeinsam wollen, sondern dass es hier scheinbar Einzelfälle gibt. Ich finde es in der politischen Kultur und im Umgang hier nicht sehr erfreulich und hoffe, es macht nicht Schule, weil wir uns einfach auf Augenhöhe begegnen sollten. Aber ansonsten steht die SPÖ-Fraktion klar hinter diesem Antrag und klar für mehr Polizei in der Stadt Wels, um auch mehr Polizisten auf die Straße zu bringen.

<u>GR. Mag. Hammerl, MA:</u> Wir stellten im März diese Anfrage, indem wir Herrn Bundesminister ersuchten, uns die Personalkennzahlen, inklusive der Aktenbelastung und

die Anzahl der Delikte aller österr. Statutarstädten zur Verfügung zu stellen. Diese Anfrage wurde im Mai auf 224 Seiten beantwortet – analogisiert, sodass wir dann diese Zahlen wieder digitalisierten und auswerteten.

Deutlich wird im Vergleich zur annähernd gleich großen Stadt Villach mit annähernd derselben Einwohnerstruktur wie Wels, dass Villach 25 % mehr Polizisten hat. Bei der Aktenbelastung bearbeitet in Villach 1 Polizist ca. 100 Akte, in Wels sind es 130 Akte, daher eine 30%ige Mehrbelastung. Beim Kriminalreferat ist die Zahl noch erschreckender, denn in Villach haben wir dort doppelt so viele Beamte als in Wels. Hier ist ersichtlich, wie stark ausgedünnt das Welser Stadtpolizeikommando ist. Wir sahen uns im Ergebnis auch an, was die Polizisten den ganzen Tag über machen, denn dieses Stunden werden mit der jeweiligen Tätigkeit entsprechend erfasst.

Im Bereich der Geschwindigkeitsüberwachung hat Villach die Möglichkeit, gleich um die Hälfte mehr Stunden damit zu verbringen, den fließenden Verkehr zu überwachen. Bei den Fußstreifen hat Villach dafür drei Mal so viele Stunden aufgewendet und damit auf Prävention gesetzt. Das ist in Wels in dieser Dimension gar nicht möglich. So viel zum Kollegen StR. Ganzert, der ja mehr Präventionsarbeit fordert. Genau das ist es! Wenn ich kaum mehr Zeit habe, um die tägliche Alltagsarbeit zu bewältigen, um den täglichen Aktendruck abzuarbeiten, dann besteht in dieser Dimension keine Möglichkeit mehr entsprechend viele Stunden in den normalen Streifendienst zu geben. Im Bereich der Verkehrskontrollen und im Bereich Alkohol und Suchtgift schafft es Villach, sechs Mal so viele Stunden aufzuwenden für diese Tätigkeit.

Eine doch sehr erschreckende Zahl und replizierend auf den Kollegen GR. Mag. Drack, der sich ein Zusammenleben ohne Polizei wünscht. Herr GR. Mag. Drack, sagen Sie das doch bitte den 4.582 Geschädigten allein im Jahr 2022 in Wels, die sehr froh waren über die Polizei, die diese Delikte aufgegriffen haben und mit 60%iger Aufklärungsquote den Täter ausforschen konnten. Sagen sie doch denen einmal, dass künftig keiner mehr bei Anruf oder Aufsuchen der Polizeiinspektion kommen soll. Herzliche Gratulation zu dieser Weltanschauung. Sie scheint doch etwas weltfremd zu sein.

Die Reaktion war doch etwas überraschend. Der [anonymisiert] und die Landespolizeidirektion teilten auf diese Presseaussendung betreffend dieser Personalsituation mit, dass es dazu übergeordnete Einheiten wie die Bereitschaftseinheit, die schnelle Interventionsgruppe oder die Einsatzeinheit gibt. Wir wollen doch daran denken, dass die Einsatzeinheit eigentlich dafür da ist, bei planbaren Veranstaltungen und Großereignissen entsprechende Sicherheit zu leisten. Nebenbei erwähnt verfügt auch das Bundesland Kärnten über solche Einheiten genauso wie über die Bereitschaftseinheit und die schnelle Interventionsgruppe, die bekannterweise keinen Streifendienst versieht. Das Landespolizeikommando dürfte hier etwas vertauscht haben. Wir werden am Mittwoch bei der nächsten Nationalratssitzung eine neue Anfrage an den Herrn Bundesminister stellen und fragen, wie viele Stunden jetzt tatsächlich in den Statutarstädten geleistet wurden.

Zusammenfassend möchten wir noch einmal den Dank an die Welser Polizisten zum Ausdruck bringen, die mit großem Einsatz und sehr viel Leidenschaft und Engagement eine großartige Arbeit für die Sicherheit aller Welser leisten. Allerdings können wir diese massive Unterbesetzung nicht tolerieren. Wir sind auch den Welser Polizisten tatsächlich verpflichtet, an ihre Seite zu treten und für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen. Herr StR.

Dr. Oberndorfer, genau das wollen wir verändern. Wir können uns an die Seite der Polizisten stellen und für faire Arbeitsbedingungen sowie ein sicheres Wels eintreten.

StR. Rammerstorfer: Grundsätzlich unterstützen wir GRÜNEN diesen Antrag, haben ihn miteingebracht, aber die beste Sicherheitspolitik ist immer noch eine gute Sozialpolitik. Verglichen mit anderen Ländern ist deutlich ersichtlich, mehr Polizei oder strengere Strafen bringen nicht unbedingt mehr Sicherheit. Oft ist es sogar genau umgekehrt. Es kommt immer darauf an, was die Polizei macht, wie ist die Exekutive bzw. die Judikative aufgebaut und in welchem Geist agiert sie.

Ganz klar ist, es gibt Bereiche in der Sicherheitspolitik, die man mit Sozialpolitik, mit Sozialarbeit, mit Streetworkern nicht erreichen kann (wie Verkehrsdelikte). Die Kriminalprävention, eine ganz zentrale Aufgabe der Polizei oder die Internetbetrügereien, einige der wenigen Delikte, die stark auch hier in Wels zugenommen haben. Dazu braucht es Spezialisten in der Prävention und dann natürlich auch in der Forensik. Dieses Thema wird uns noch sehr, sehr viel mehr beschäftigen. Durch die künstliche Intelligenz wird diese Art von Delikten immer professioneller und häufiger. Hier kommt noch einiges auf uns zu in den nächsten Jahren. Hier braucht es sehr spezialisierte Kräfte und das kann nicht immer mit Sozialarbeit abgefangen werden.

Der zweite Grund zur Einbringung und Unterstützung dieses Antrages ist, dass wir eine Welser Polizei brauchen und wollen. Wir wollen nicht bei den Großanlässen in Wels oder bei vermuteten Gefahren zusammengewürfelte Einsatzeinheiten aus ganz Oberösterreich, Salzburg, Niederösterreich. Diese sind weder orts- noch szenekundig und kennen die Stadtteilgepflogenheiten nicht oder nur vom Hörensagen. Dann geht etwas schief, so wie letztes Jahr in der Noitzmühle, wo eine eigentlich harmlose Situation zur Eskalation gebracht wurde. Dafür waren viele Menschen verantwortlich und ich will die Jugendlichen vor Ort nicht aus der Verantwortung nehmen. Aber das hätte wesentlich professioneller gelöst werden können. Das sagen mir (unter der Hand erwähnt) auch die meisten Welser Polizisten, mit denen ich darüber sprach. Ich war auch bei zwei von drei Verhandlungstagen gegen die zwei Festgenommenen zugegen und dabei stellten sich meines Erachtens massive Mängel bei der Amtshandlung heraus.

Das heißt, wir wollen Welser Polizei, wir wollen Polizisten, die Ansprechpartner sind, die auf der Straße sind, die bekannt sind, die die Szene und Problemkinder kennen und vielleicht die eine oder andere Situation bereits im Vorfeld deeskalieren können und es nicht zwangsläufig zu Festnahmen oder sonstigen polizeilichen Handlungen kommen muss.

Ich glaube, wir haben mit [anonymisiert] hier den richtigen Mann gefunden. Wir haben uns abseits des Sicherheitsgipfels auch schon einmal getroffen. Den Geist, den Herr [anonymisiert] hier durchaus verkörpert, der ist in diesem Sinne und ich wünsche ihm sehr viel Erfolg und Glück bei seiner Tätigkeit. Wir werden als GRÜNE immer eine Gesprächsbasis zur Polizei pflegen. Diese hatten wir auch schon zu seinem Vorgänger, eine kritische aber keine pauschal ablehnende.

GR. RegRat Zaunmüller: Wir NEOS werden diesem Tagesordnungspunkt selbstverständlich zustimmen und es wurde im Vorfeld schon mit dem Referenten durchbesprochen und abgeklärt. Die Notwendigkeit für diese Resolution/für diesen Antrag ergibt sich alleine schon aus der Gegenüberstellung des Zahlenwerkes, dem Vergleich mit

anderen Städten, die Systemisierung der Planstellen bei Gegenüberstellung mit den Polizeibeamten. Es ist eine dringende Notwendigkeit, das durchzuführen und den Personalstand zu erhöhen.

Etwas irritiert war ich vom Wohlfühlklima des Kollegen GR. Mag. Drack. Ich habe dann ein Wohlfühlklima, wenn ich mit meiner Frau in der Innenstadt in der Nacht spazieren gehe, und zwei Polizisten sehe, die auf Streife sind. Ich habe weniger Wohlfühlklima, wenn ich in der Nacht keine Polizisten sehe.

Kollege StR. Dr. Oberndorfer sprach von den Kompetenzen der Ordnungswache. Mir gefällt ein Ordnungsamt nach deutschem Vorbild sehr gut. Auch das könnte man in der Diskussion berücksichtigen. In Deutschland gibt es die verschiedensten Modelle betreffend die Befugnisse der einzelnen Ordnungsämter. Ein Best-Practice-Beispiel wäre für mich auch eine Diskussionsgrundlage für Wels. Ordnungswache alleine erscheint mir zu kurz gegriffen. Ein Ordnungsamt, wo unter Umständen entsprechende Strafgelder der Stadtkasse zur Verfügung stehen würden, wäre für mich ein Ansatz, den man in der kommenden Diskussion berücksichtigen sollte.

GR. KR. Schönberger verlässt um 16.25 Uhr die Sitzung.

GR. Mag. Drack: Um ein Missverständnis aus der Welt zu schaffen – ich bin sicher niemand, der die Polizei pauschal jetzt schlecht reden möchte.

Zwischenruf Vzbgm. Kroiß: Oh doch!

GR. Mag. Drack: Nein!

Zwischenruf Vzbgm. Kroiß: Oh doch!

GR. Mag. Drack: Das ist komplett falsch rübergekommen. Meine Utopie, die ich hier auch formuliert habe, war, dass eine Gesellschaft, die keine Polizei benötigt, natürlich die beste Gesellschaft ist. Warum soll das etwas Schlechtes sein? Die Polizei haben wir, um Sicherheit herzustellen und bei absoluter Sicherheit braucht man keine Polizei. Aber ich schätze die Polizei dort sehr, wo sie wirklich für Sicherheit sorgt und wo es notwendig ist. Das möchte ich in keiner Weise in Abrede stellen. Ich schätze sehr viele Polizisten in ihrer Arbeit.

Aber es gehört genauso zur Demokratie, dass man natürlich auch Probleme mit der Polizei anspricht. Meine heute kommunizierte Haltung bezieht sich schon auf sehr viele Berichte, wo die Polizei die rechtlichen Grundlagen nicht eingehalten hat. Es muss in einer Demokratie möglich sein, dass man das anspricht. Warum? Wir führen hier einen Diskurs und es kann nur zu Verbesserungen kommen, wenn man diese Probleme auch offen anspricht. Pauschalverurteilungen, wie sie vom Kollegen GR. Bruckner in meine Richtung getätigt wurden, sind kein Diskussionsklima, welches uns wirklich vorwärtsbringt.

Wir sind hier, um Probleme anzusprechen und ein Problem ist unter anderem auch Polizeigewalt. Bei einem Parteiobmann Herbert Kickl, der bei einem Wahlkampf sogar den prügelnden Polizisten die Stange gehalten hat und sagte, wenn jemand kein Deutsch

versteht, dann muss Stoßen und Rempeln von den Polizisten möglich sein und er wird ihnen hier den Rücken stärken. Das sind hochproblematische Haltungen. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wo es natürlich auch einen Diskurs dazu braucht.

Ich sage nicht, dass alle Welser Polizisten, diese vom FPÖ-Obmann ausstrahlende Haltung einnehmen, sondern ich sage, dass es Probleme gibt und man auch darüber sprechen muss. Mich erreichen sehr viele frustrierte Bürger, die nicht mehr die Polizei rufen, weil sie rassistisch behandelt wurden oder weil ihnen die Polizei falsche Informationen gab oder sie wieder wegschickte. Nach einer Rechtsberatung oder Begleitung zur Polizei, ist dann auf einmal alles anders. Es gibt sehr viele junge Polizisten und es muss auch hier, wie in allen Bereichen, Lernprozesse geben und vor allem muss es ein Ansprechen von Problemen geben. Das wollte ich mit meiner Wortmeldung erreichen.

Herr GR. Bruckner, ich bin sicher niemand, der die Jugendlichen gegen die Polizei aufhetzt. Es gehört auch zu einer Demokratie, dass man die Vor- und Nachteile und verschiedene Haltungen miteinander bespricht. Bei rechtsstaatlichen Verletzungen stehen wir genauso auf der Seite, genauso wenn es darum geht, den Jugendlichen den Rechtstaat näher zu bringen und auch die Wichtigkeit der Polizei zu vermitteln. Die Wichtigkeit der Polizei steigt dann, wenn die Jugendlichen erfahren, dass die Polizei auch tatsächlich ihren Auftrag erfüllt. Das ist in sehr vielen Fällen der Fall, aber nicht in allen. So war vielleicht auch mein - zugegebenermaßen etwas zugespitztes - Posting intendiert. Nicht, um pauschal jetzt die ganze Polizei schlecht zu machen, sondern um Probleme anzusprechen.

Bgm. Dr. Rabl: Eine Richtigstellung in diesem Zusammenhang, das entsprechende Posting vom damaligen Innenminister Kickl lautet: „Bei jedem Schwerverbrecher gilt die Unschuldsvermutung bis zum Nachweis des Fehlverhaltens. Wenn es um die Polizei geht, gilt für viele, die sich auch jetzt wieder laut zu Wort melden, leider genau das Gegenteil. Personen, die sich noch keine Minute ihres Lebens mit Polizeiarbeit auseinandergesetzt haben, sprechen nach der Betrachtung von Videos Urteile. Wissen diese Leute überhaupt, welchen Anstrengungen Polizisten ausgesetzt sind und welcher Stress in solchen Situationen herrscht. Für mich steht fest, unsere Polizisten und Polizistinnen leisten eine Toparbeit und verdienen unseren Schutz."

In diesem Sinne kann ich nicht ableiten, dass er Prügelpolizisten verteidigt. Ich ersuche Sie daher, diese Äußerungen zurückzunehmen. Das wäre ein fairer Zug von Ihnen, ansonsten erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

GR. Mag. Drack: Ich meine die Wahlkampfrede am Stephansplatz von Herbert Kickl!

Bgm. Dr. Rabl: Dieses Zitat ist jedenfalls falsch!

GR. Mag. Drack: Nein!

GR. Mag. Hammerl, MA: Ich glaube, Herr GR Mag. Drack vertauscht da etwas mit der Polizeigewalt. Vielleicht meinen Sie die 6.637 verletzten Polizisten alleine im letzten Jahr. 437 davon schwerverletzte Polizisten. Ich warte immer noch auf Ihr Posting, wo Sie genau diese Gewalt gegen Polizisten verurteilen. Auf Ihrem Facebook-Account ist nichts

Derartiges ersichtlich. Vielleicht treten Sie einmal gegen Gewalt an Polizisten ein, das wäre der Sache wesentlich dienlicher.

Vzbgm. Kroiß: Ich möchte noch eine kurze Berichtigung zu Ihrer Wortmeldung geben, Kollege Drack. Sie versuchen jetzt das Ganze etwas herunterzuspielen, wo sie nur einzelne Polizisten damit meinen, nicht die ganze Polizei. Sie schreiben aber, die Polizei ist teuer und wird überschätzt, wenn es um das Thema Sicherheit geht. Sie, nicht einer, sie handelt oft erst, wenn es zu spät ist oder gar nicht. Sie schickt Leute weg, die von ihrem Recht Gebrauch machen und ist in brenzlichen Situationen oft überfordert. Und der Clou: „Die Polizei missachtet mitunter die Gesetzeslage." Jetzt bitte nicht abschwächen, denn das ist Ihre Meinung dazu.

GR. Bruckner: Ihr Posting war sehr unsachlich und eigentlich haben Sie in Ihrem Posting gehetzt. Das ist meine Meinung dazu.

Herr StR. Rammerstorfer, soziale Arbeit ist sehr wichtig, polizeiliche Arbeit ist auch sehr wichtig und beides muss sich ergänzen.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die angeregte Diskussion und die grundsätzliche Zustimmung betreffend mehr Polizei.

Lieber GR. RegRat. Walter Zaunmüller, unser Weg wäre ein noch viel besserer Weg als das Ordnungsamt, nämlich dass endlich diese Bundesgesetzlage geändert wird, dass in den Statutarstädten kein eigener bewaffneter Wachkörper errichtet werden kann wie in anderen größeren Städten (Braunau, Ried i. Innkreis, Bad Ischl etc.). Hier gibt es ein Nebeneinander zwischen einer Bundespolizei und einer Stadtpolizei mit annähernd gleichen Kompetenzen bis auf die Kriminalitätsbekämpfung. Das - glaube ich - wäre der richtige Weg.

Lieber Tom, du glaubst nicht, mit mehr Polizei weniger Delikte zu haben. Ich bin der Meinung, wenn wir mehr Personal zur Prävention und auf den Straßen hätten, könnten im öffentlichen Bereich Kriminalitätsdelikte verhindert werden. Es wird immer Veranstaltungen geben, bei denen auswärtige Polizisten Dienst machen werden, weil es Ausnahmen geben wird. Ich denke, auswärtige Polizisten verrichten hier auch eine gute Arbeit.

Lieber Stefan, du sprachst mit Polizisten über deren Arbeitsbelastung. Danke an GR. Mag. Paul Hammerl, MA für diese Zahlen und Fakten!

Ich möchte noch einmal auf den Kollegen GR. Mag. Drack zurückgehen, weil ich es lustig finde, wenn jemand sagt, wir haben kaum Kriminalität. Wie erklären Sie dann die 5.500 Kriminalitätsanzeigen in Wels. Wo haben wir dann eine geringe Kriminalität und wo ist dann viel Kriminalität, wenn für Sie 5.500 Anzeigen nach dem Strafgesetzbuch kaum Kriminalität ist. Es kann nicht alles mit Sozialarbeit gelöst werden.

Liebe Kollegin GR. Miriam Faber, für mich ist es nicht befremdlich, dass die GRÜNEN hier zustimmen, weil die Welser GRÜNEN wissen, die Polizei sind nicht die Bösen, die Polizei ist dein Freund und Helfer. Betreffend dem Thema Präventionsarbeit sind wir uns einig.

Lieber Martin, deiner Meinung nach ändert sich mit Resolutionen nichts bzw. haben wir schon viel an den Innenminister geschrieben. Aber wir haben unter einem Innenminister

Kickl anstelle einer Asylerstunterkunft eine Polizeischule und neue Polizeiinspektion Innenstadt bekommen – Dank Innenminister Kickl. Das heißt, man kann schon als Stadt Wels durchaus etwas erreichen, was das Thema Sicherheit und Bundespolizei betrifft. Daher ersuche ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Antrag zu Punkt 12. der Tagesordnung wird mit

33 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-, GRÜNE-Fraktion ohne GR. Mag. Drack, NEOS, MFG)
gegen 1 Nein-Stimme (GR. Mag. Drack)

angenommen.

GR. KR Schönberger war bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger

13.)

Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes
für die Saisonen 2026/27 und 2027/28;
Grundsatzbeschluss
K-065-3-2025/1

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Sozial-, Kultur- und Frauenausschuss am 01.09.2025:

Die Dienststelle Kultur und Wissen wird mit der Planung des kulturellen Veranstaltungsprogrammes für die Saisonen 2026/27 und 2027/28 (Welser Abonnementkonzerte, Welser Theaterspielplan, Kinder- und Jugendtheater) und des Internationalen Welser Figurentheaterfestivals 2027, 2028 und 2029 sowie der Welser Burggartenkonzerte 2027, 2028 und 2029, basierend auf dem Voranschlag für das Jahr 2025 und dem Kulturleitbild der Stadt Wels auf Basis obenstehender Überlegungen, beauftragt.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Ralph Schäfer, BSc MSc

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015 (Änderung Nr. 124) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (Änderung Nr. 65)
BauR-269-05-11-2024

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau-, Wohnungs- und Stadtentwicklungsausschuss am 09.09.2025:

Die Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (124. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2/2015 (65. Änderung) wird beschlossen.

GR. Markus Faber: Beim Thema „Polizei-Resolution“ ist Wels schon mit sehr vielen anderen Städten verglichen worden. Ich habe mir auch die Mühe gemacht und habe mir die Zahlen zur Flächenversiegelung herausgesucht. Es wurden von mir alle Städte Österreichs mit mehr als 30.000 Einwohnern verglichen.

Hier mein Ergebnis: Wels ist aktuell zu 30,8 % versiegelt, damit nimmt Wels eine Spitzenposition in ganz Österreich ein. Nur in Wien, Salzburg und Linz ist die Flächenversiegelung höher, niedriger ist sie sogar in Graz. Wesentlich niedriger ist die Versiegelung in Steyr mit 21,5 %, in Wiener Neustadt mit 20,9 % und in Vöcklabruck mit 20,7 %. Alle anderen Städte liegen unter 20 %. Die Berechnungen erfolgten übrigens auf Basis von Zahlen des Umweltbundesamtes und des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen. Nun werden die nächsten 11.000 Quadratmeter zubetoniert. Es ist immer das Gleiche, wenn es darum geht, Versiegelung zu verhindern, stehen wir GRÜNEN alleine da. Die FPÖ versteckt sich neuerdings hinter so einer Art Feigenblatt.

Die Versiegelung/Entsiegelung im Volksgarten ist eine super Sache, aber das ist eigentlich das Einzige, das ihr geschafft habt. Die ÖVP genießt und schweigt und von der SPÖ ist auch keine Unterstützung zu erwarten.

Ich wäre wirklich positiv überrascht, wenn wir dieses Mal nicht alleine dastehen würden und nicht die Einzigen wären, die gegen diese Versiegelung stimmen würden.

StR. Dr. Oberndorfer: Ich muss jetzt doch replizieren, das ist meine Pflicht als Wirtschaftsreferent dieser Stadt.

Wir haben das Betriebsbaugebiet bei der Abfahrt Wirtschaftspark im Jahr 2017 und in den Folgejahren errichtet und für den Verkehr freigegeben. Ich betone nochmal, die Autobahnabfahrt Wirtschaftspark! Dort entwickeln wir jetzt ein Betriebsbaugebiet mit einer Strategie, die man sich über viele Jahre überlegt und Schritt für Schritt umgesetzt hat. Die verschiedenen handelnden Personen folgen dieser Strategie. Wir wollen in Wels einerseits ein gewisses Wachstum ermöglichen, was den Wohnbau betrifft, das ist hier jetzt nicht das Thema. Um die Preise für Eigentum und die Mietpreise hier entsprechend im Rahmen zu halten, hält sich Wels in diesem Bereich auch ganz gut.

Hier geht es jetzt darum, dass wir Platz für unsere bzw. für neue Betriebe schaffen, welche sich in Wels ansiedeln.

Wir haben aktuell eine Situation, in der die Arbeitslosigkeit steigt und eine Situation der „klammen Kassen“ bei allen Gemeinden, auch wenn Wels hier vergleichsweise gut dasteht.

Die Arbeitslosigkeit und klammen Kassen der Gemeinden sind schon alleine ein Grund, dass man hochwertige Betriebe bzw. Betriebe, die viele Arbeitskräfte beschäftigen, in Wels ansiedelt.

Ich halte es für polemisch, zu sagen, es wird nur zubetoniert. Das stimmt ja nicht. Keiner will zubetonieren.

Im Übrigen habe ich bei jeder Diskussion hier schön Ähnliches von mir gegeben. Von wegen, wir schweigen zu diesem Thema. Ich schweige nicht zu diesem Thema, ich habe jedes Mal etwas gesagt. Es geht hier überhaupt nicht darum, dass alles zubetoniert wird.
Es wird landwirtschaftlicher Grund in Betriebsbaugebiet umgewidmet. Es tut natürlich weh, wenn ein landwirtschaftlicher Grund wegfällt – dies ist eine Interessensabwägung. Es ist ja nicht einfach so, dass man sagt: „Wir brauchen keinen Ackerbau in diesem Land, ist doch egal, wenn die Fläche wegfällt.“ Das ist ein Blödsinn.

Natürlich ist es um jede wegfallende Fläche Natur schade, aber gleichzeitig ist es – wie gesagt – eine Interessensabwägung und eine Abwägung, die zu Gunsten der Menschen, die in dieser Stadt leben und arbeiten, ausfallen soll.

Ich glaube, dass man hier mit viel Bedacht vorgeht und ich habe auch als zuständiger Referent für die Welser Betriebsansiedlungs GmbH dieses Projekt die letzten Jahre mitbegleitet. Ich habe den großen Aufwand, welcher dahintersteckt, miterleben dürfen. Es ist wahnsinnig schwierig, in der heutigen Zeit überhaupt noch Flächen für eine betriebliche Nutzung umzuwidmen. Da braucht es sehr viel Aufwand, hier wurden auch bauliche Maßnahmen gesetzt, z.B. ein Hochwasserschutz. Es müssen unterschiedlichste Prüfungen absolviert werden. Das Land Oberösterreich ist hier sehr streng geworden.

Also von einem Zubetonieren kann keine Rede sein, sondern es ist ein Ermöglichen, dass sich hier in Wels Betriebe ansiedeln können. Zusätzliche Arbeitsplätze sollen geschaffen werden und wir als Gemeinde sollen auch in Zukunft über einen Finanzpolster verfügen, welcher es uns ermöglicht, überhaupt Entscheidungen zu treffen, worin wir investieren. Wie beispielsweise eben die Schaffung des Volksgartens oder viele andere Projekte. Diese sind nur möglich, weil wir über ein entsprechendes Steueraufkommen in dieser Stadt verfügen und dafür braucht es auch unsere Betriebe. Also viele gute Gründe, die bei einer Interessensabwägung aus meiner Sicht und ich glaube, auch aus Sicht der anderen Kollegen im Gemeinderat, für dieses Projekt sprechen.

<u>StR Schäfer, BSc, MSc:</u> Der Kollege StR. Dr. Oberndorfer hat es schon ausgeführt, wir haben uns als Stadt Wels für ein qualitatives und moderates Wachstum entschieden. Wir haben uns das auch auf die Fahnen geheftet.

Um auch den Exkurs nochmals zum Wohnbau zu bringen, den der Kollege erwähnt hat, würden wir nicht moderat wachsen, würden wir gar nicht mehr wachsen, dann würden

letzten Endes auch die Miet- und Eigentumspreise durch die Decke gehen. Deswegen ist es auch gut, dass wir uns diesem leichten, aber doch stetigen Wachstum verschrieben haben.

An dieser Stelle sei es mir auch erlaubt, zu erwähnen, dass wir die Stadtentwicklungen ganz anders machen als noch vor einigen Jahren. Viel bedachter und mit viel mehr Blick auf den Freiraum, auf die Quartiersentwicklung und auch auf die Abtretungsflächen. Ein Projektwerber muss diese leisten, sei es nun für Radwege, Gehwege oder auch für die Parkanlagen. Die sind in keinem Verhältnis mehr wie vor einigen Jahren, deswegen sind wir froh, dass sich in Wels was tut.

Bei der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion kommt es mir sehr oft vor, dass hier einfach aus Prinzip und grundsätzlich gegen jede neue Widmung gestimmt wird.

Zwischenruf GR. Miriam Faber: Nein, nur gegen diese.

StR. Schäfer, BSc, MSc: Ich danke allen restlichen Fraktionen für diese Zusammenarbeit, welche wir im Ausschuss haben und für den zielführenden Diskurs für die Stadt Wels.

Der Antrag zu Punkt 14. der Tagesordnung wird mit

30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ-, ÖVP-Fraktion, NEOS, MFG)
gegen 4 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. KR Schönberger war bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan
Nr. 516/C.1 (Stadtteil: Puchberg)
BauR-269-06-4-2023

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung a b g e s e t z t.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Alessandro Schatzmann

16.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Aufstockung der Fördermittel für Streetwork
Verf-015-I-19-2025

GR. Schatzmann: Wir diskutieren jetzt erneut über das Thema der öffentlichen Sicherheit. Wenn man die bisherigen Wortmeldungen zusammenfasst, fällt eines auf – die Sozialarbeit, besonders das „Streetwork“, kommt kaum oder gar nicht vor. Dabei ist gerade das ein entscheidender Schlüssel, wenn wir Sicherheit nicht nur kurzfristig verwalten, sondern langfristig herstellen wollen.

Denn echte Sicherheit entsteht nicht erst dann, wenn ein Polizeiauto vorfährt. Echte Sicherheit entsteht lange davor. Dort, wo Probleme erkannt und gelöst werden und bevor es überhaupt zu Straftaten, Konflikten oder Eskalationen kommt. Genau hier setzt Streetwork an.

2018 hat die schwarz-blaue Landesregierung die Fördermittel für Streetwork massiv gekürzt. Das hatte drastische und unmittelbare Folgen. In Wels musste das Angebot um die Hälfte reduziert werden, weniger Streetworker und weniger Präsenz in den Stadtteilen, weniger Möglichkeiten, Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen. Die Folgen spüren wir bis heute.

Gerade in den Stadtteilen, wo viele junge Menschen mit sozialen Problemen, Perspektivlosigkeit und Arbeitslosigkeit oder familiären Problemen konfrontiert sind, braucht es niederschwellige Ansprechpartner und Menschen, die zuhören, vor Ort präsent sind und Vertrauen aufbauen können.

Das sind Aufgaben, die keine Polizei und keine Ordnungswache erfüllen kann. Streetworker sind Brückenbauer. Sie können Jugendliche auf ihrem Weg begleiten, sie in schwierigen Situationen abholen und ihnen helfen, neue Wege zu gehen. Und genau das ist Prävention im besten Sinne. Wir verhindern nicht erst danach, sondern schon davor. Wir verhindern Delikte, bevor sie passieren. Wir verhindern Eskalationen, bevor sie entstehen. Wir verhindern Perspektivlosigkeit, bevor sie in Resignation oder gar Kriminalität umschlägt.

Die Kürzungen haben dafür gesorgt, dass dieses wirksame Instrument geschwächt wurde. Ausgerechnet in einer Zeit, in der gesellschaftliche Spannungen und Polarisierung zunehmen und in der Jugendliche immer öfter in einer schwierigen Lage sind.

Dass diese Kürzungen falsch waren, sehen nicht nur wir GRÜNEN so, auch Frau Vizebürgermeisterin Christa Raggl-Mühlberger hat diese Kürzungen in einer Aussendung im Jahr 2019 zu Recht kritisiert. Wir sind uns also über die Parteigrenzen hinweg einig. Streetwork ist unverzichtbar.

Jetzt lassen Sie mich kurz ein Bild zeichnen: Wenn ein Jugendlicher nachmittags mit Freunden im Park sitzt, keine Lehrstelle findet, Probleme hat und keine Perspektive sieht – dann ist die Frage, wen trifft er? Trifft er jemanden, der ihm die Wege aufzeigt oder jemanden, der ihn in die falschen Bahnen zieht?

Genau hier entscheiden wir als Gesellschaft, ob wir Jugendlichen Halt geben oder ob wir sie im Stich lassen. Streetwork ist die Hand, die wir ihnen reichen können.

Sicherheit bedeutet nicht nur, mehr Kameras zu installieren und die Polizei aufzustocken. Sicherheit bedeutet, dass junge Menschen nicht in Situationen geraten, in denen Konflikte eskalieren. Sicherheit bedeutet, dass junge Menschen jugendliche Ansprechpartner haben, die ihnen Perspektiven eröffnen, anstatt Türen zu verschließen. Deshalb ist mein Apell klar. Wir dürfen nicht länger reagieren, wir müssen aktiv vorsorgen, wir müssen den sozialen Zusammenhalt stärken und dafür braucht es Streetwork. Flächendeckend, aufsuchend und mit ausreichenden Ressourcen.

Daher stelle ich folgenden Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wels fordert die oberösterreichische Landesregierung auf, die Fördermittel für das Streetwork in Wels auf das Niveau von 2017 anzuheben. Nur so können wir Streetwork wieder in jenem Umfang ermöglichen, der nötig ist, um in allen Stadtteilen präsent zu sein. Nur so können wir verhindern, dass Jugendliche durchs Netz fallen. Und nur so schaffen wir ein Wels, dass nicht nur kurzfristig reagiert, sondern langfristig sicherer, gerechter und lebenswerter für alle Menschen wird. Denn soziale Probleme brauchen soziale Antworten und Sicherheit braucht Prävention. Vielen Dank.

Vzbgm. Christa Raggl-Mühlberger: Es ist immer so leicht den Blauen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Gestrichen hat die Streetworker die rote Landesrätin - Frau Gerstorfer. Nur, dass wir endlich einmal mit dieser Unwahrheit aufhören, „die blaue Stadt und der blaue Bürgermeister hätten es gestrichen“.

Aber zuerst einmal zu den anderen Richtigstellungen. Wir hatten im Jahr 2016 6,1 Personaleinheiten, im Jahr 2017 5,3 Personaleinheiten und wurden vom Land auf 3,88 Personaleinheiten gestrichen. Die Stadt selber sieht 4,1 Personaleinheiten vor. D.h., wir wurden nicht um 50 % reduziert. Wir hatten im Jahr 2024 3,77 Personaleinheiten aufgrund von Sabbatical, Karenzen oder auch langen Krankenständen, aber die Stadt sieht nach wie vor 4,1 Personaleinheiten vor.

Warum hat das Land gekürzt? Es hat gekürzt, weil wir überproportional viele Streetworker hatten, wir wurden sozusagen der Stadt Linz angeglichen. Man muss auch dazusagen, dass Streetwork eine ureigene Aufgabe des Landes ist, denn es fällt unter die Kinder- und Jugendhilfe.

Nun zu meiner zweiten Richtigstellung. Es gibt ein Facebook-Video von Frau Gemeinderätin Scheinecker, BA, die behauptet, der blaue Bürgermeister der Stadt Wels hätte die Streetworker gestrichen. Nein, das stimmt nicht.

Die rote Landesrätin hat die Streetworker reduziert und somit ist das nicht „auf unseren Mist“ gewachsen. Ich weiß, es ist immer schön, wenn man es den Blauen in die Schuhe schieben kann, aber es ist leider nicht so.

Das Land hat einige Einsparungen vorgenommen (zum Beispiel im Bereich der Unterstützung der Behindertenfahrten, die Personalkosten im Bereich der

Chancengleichheit, aber auch im Bereich der Alkoholberatung). Das hat die Stadt Wels auch übernommen.

Die Stadt Wels ist nicht dazu da, alle Dinge und Förderungen, die das Land streicht oder kürzt, zu übernehmen.

Wir haben die Nikado oder die Schulsozialarbeit ausgebaut. Die Suspendierungsbetreuung in Wels ist einzigartig in ganz Österreich. Der Bund fängt jetzt erst an, über dieses Thema nachzudenken, wir haben dies bereits seit über einem Jahr.

Natürlich führe ich sehr gerne mit dem neuen Landesrat, Herrn Winkler, Gespräche darüber. Ich habe auch nichts dagegen, wenn die SPÖ ein gutes Wort für uns einlegt. Ich muss allerdings dazu erwähnen, dass alle bereits geführten Gespräche mit der Landesrätin, Frau Gerstorfer, in dieser Hinsicht leider nicht positiv waren.

GR. Scheinecker, BA: Wir können jetzt ganz lange die „Who is the bad guy“ Diskussion führen und ob es nun die damalige Landesrätin, Frau Gerstorfer, oder doch das Kürzungsbudget des damaligen Landeshauptmannes war – ich lasse das jetzt mal so stehen.

Zwischenruf Bgm. Dr. Rabl: Ich war es nicht.

GR. Scheinecker, BA: Fakt ist jedenfalls, es hatte schon in der Vergangenheit mehrere Anträge gegeben, in denen es darum ging, zu überlegen, ob nicht die Stadt Wels vielleicht Geld in die Hand nimmt, um selbst Streetwork zu finanzieren.

Es sei jetzt einmal so dahingestellt, diese Anträge sind – wie man sieht – nicht durchgegangen und wir haben nicht mehr Streetworker bekommen.

Ich komme nun zum eigentlichen Redebeitrag, weil ich glaube, dass dies heute ein sehr gutes Beispiel dafür ist. Wir haben heute alle gemeinsam oder in großen Teilen eine Resolution beschlossen und das Bundesministerium aufgefordert, die Polizei aufzustocken.

Im Übrigen ist das in Wirklichkeit nicht unser Aufgabengebiet. Wir können nur Resolutionen schreiben, wir können selbst nicht mehr Polizisten im Bundesdienst anstellen, das ist nicht im Rahmen unserer Kompetenzen.

Aber im Bereich der Sicherheit leisten wir uns eine Ordnungswache, weil es für uns ein sehr wichtiges Thema ist.

Um den Kollegen GR. Bruckner zu zitieren, wir haben vorhin über das Thema Sicherheit gesprochen und haben dabei immer wieder betont, dass uns soziale Sicherheit wichtig ist – das ist im Übrigen ein Antrag zur sozialen Sicherheit. Dies könnte auch die Polizisten entlasten, die offensichtlich unter Personalnot leiden und mit Aufgaben überhäuft werden.

Dies wäre jetzt die Möglichkeit, wo wir als Stadt die Verantwortung übernehmen und ein Budget dafür aufstellen können. Der Antrag der GRÜNEN gibt das jetzt in diesem Fall nicht her, aber ich glaube, das gab es in der Vergangenheit sehr oft. Sollte das Land

hierfür keine Mittel zur Verfügung stellen – vielleicht stellen wir dann gemeinsam einen Antrag und versuchen, als Stadt nochmals Geld in die Hand zu nehmen.

„Streetwork“ ist per Definition die aufsuchende Jugendarbeit. In Wels ist dies ein leichtes Paradoxon, wenn man davon ausgeht, dass Streetwork mittlerweile durch die gekürzten Personaleinheiten nicht mehr dezentral angeboten wird.

Aufsuchende Jugendarbeit heißt eigentlich, dass wir die Jugendlichen dort, wo sie sich aufhalten, aufsuchen und sie dazu bringen, sich in die Gesellschaft einzubringen und eventuell Probleme zu lösen, bevor sie entstehen. Wels kann dies mit den momentanen Personaleinheiten nicht mehr wirklich leisten.

Streetwork ist jetzt in der Innenstadt, im Alten Schlachthof, konzentriert und verfehlt damit eigentlich eine wichtige Aufgabe, die wir Streetwork zurechnen würden.

Wir sollten uns in unserer Stadt dringend überlegen, wie wir damit umgehen wollen und ob wir nicht doch in weiterer Folge die Mittel aufstocken und selbst überlegen, aktiv darauf einzugehen.

Das machen wir bei der Ordnungswache, weil wir uns Sicherheit leisten wollen und das machen wir in ganz vielen anderen Bereichen, wo wir uns Projekte leisten wollen. Die Frage ist, wollen wir uns die soziale Sicherheit bei den Jugendlichen, die wir auffangen können, leisten oder nicht?

Ich glaube, damit habe ich genug zu den Aussagen von vorhin repliziert und danke für die Aufmerksamkeit.

GR. Ebetshuber: Als Sozialpädagogin begrüße ich natürlich diesen Antrag zur Aufstockung von Streetworkern. Allerdings hat sich unsere Welt weitergedreht, Laurien hat es schon erwähnt, es hat gesellschaftliche Veränderungen gegeben. Alessandro, du hast es in deinem Antrag auch erwähnt. Irritiert hat mich eine Aussage bei dir und zwar der Jugendliche, welcher am Nachmittag im Park sitzt und eine Lehrstelle sucht. Wir haben seit 01. Juli 2017 die Ausbildungspflicht – dieser Jugendliche sollte eigentlich in einem Jugendpaket des AMS sein und nicht auf der Parkbank.

Unsere Welt hat sich seit 2017 nicht nur bei den gesellschaftlichen Veränderungen gewandelt, sondern auch hinsichtlich der Angebote. Es gab für Jugendliche und für junge Erwachsene mehrere Angebote. Mittlerweile sind manche davon wieder eingestellt, neu entwickelt oder - wie die Referentin sagte – ausgebaut worden.

Wir als ÖVP-Fraktion sind uns unserer sozialen Verantwortung sehr bewusst – auch aufgrund unserer christlich-demokratischen Herkunft und unseres Wertebildes. Wir bitten mit diesem Antrag, dass die Zahlen für eine Erhöhung oder für den Bedarf evaluiert werden. Es mag sein, dass das Niveau von 2017 zu hoch ist, aber es mag auch sein, dass es, wie im Antrag erwähnt, zu niedrig ist.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Antrag von GR. Ebetshuber auf Zuweisung dieses Initiativantrages in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

21 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP-Fraktion, MFG)
gegen 13 Nein-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. KR Schönberger war bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

Bgm. Dr. Rabl: Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2025 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.